

Antrag

AfD-Fraktion

Wirtschaft in Schulen zum Pflichtfach machen – als Basis einer zukunftsorientierten Allgemeinbildung

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. Wirtschaftsverbände seit Jahren fordern, die Bildungsstandards am internationalen Spitzenfeld auszurichten und stärker auf wirtschaftliches Wissen fokussieren;
2. Sachsen laut OeBiX-Studie (Update 2024), welche die institutionelle Verankerung von Wirtschaftsthemen (Unterrichtsstunden, Lehrpläne, Lehrkräftebildung) in den Lehrplänen misst, Schlusslicht in Deutschland ist¹;
3. in Sachsen grundlegende ökonomische Bildung bislang generell innerhalb von Fächerverbünden unterrichtet wird.

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die bisherigen Lehrpläne und Stundentafeln grundlegend zu überarbeiten und spätestens zum Beginn des Schuljahres 2027/28 ein eigenständiges Fach Wirtschaft mit integrierter Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen einzuführen;
2. darauf hinzuwirken, dass insbesondere den Fachlehrern der Fächer Gemeinschaftskunde/Recht/Wirtschaft, Gemeinschaftskunde und Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales ab 2027 in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Unternehmen sachsenweit Fortbildungen zu den Grundlagen der Wirtschaft angeboten werden;

¹ Siehe Flossbach von Storch Stiftung – OeBiX (Stand 31.05.2024).

3. sicherzustellen, dass spätestens ab dem Wintersemester 2027/28 die Lehramtsausbildung an den entsprechenden Hochschulen um das Fach Wirtschaftswissenschaften erweitert wird und damit Fachlehrer für Wirtschaft bzw. Ökonomie ausgebildet werden.

Begründung:

„Ökonomische Bildung ist heute unverzichtbarer Bestandteil einer zeitgemäßen Allgemeinbildung. Junge Menschen brauchen wirtschaftliche Grundkenntnisse und Kompetenzen, um als mündige Persönlichkeiten in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat verantwortungsvoll zu handeln. Erst eine nachhaltige ökonomische Bildung macht es möglich, sich in unserem wirtschaftlichen System souverän zu bewegen und sich der Konsequenzen des eigenen wirtschaftlichen Verhaltens bewusst zu sein.“ – So die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.²

Zu Beginn des Jahres 2025 forderte die „Allianz für Sachsen“, bestehend aus den Sächsischen Verbänden der Industrie, des Handwerks sowie der Städte und Gemeinden, erneut eine Reformagenda für den Freistaat. Im Positionspapier heißt es: „Die aktuellen MINT-Anforderungen der Wirtschaft sollten in den Lehrplänen stärkere Berücksichtigung finden. Ebenso sollte die frühe Vermittlung unternehmerischen Know-hows stärker forciert werden, um der Jugend nicht zuletzt auch das Werkzeug für eine spätere Selbständigkeit an die Hand zu geben und so das sächsische Unternehmertum nachhaltig zu erhalten.“³

Der ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. meldete sich am 22. September 2025 zu Wort: „Wirtschaft als Schulfach führt zu mehr unternehmerischer Aktivität im späteren Berufsleben. Dies zeigt eine aktuelle Studie des ifo Instituts und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Demnach steigt die Wahrscheinlichkeit der unternehmerischen Aktivität um 4 Prozentpunkte, wenn Wirtschaft ein Pflichtfach in der Schule war.“⁴

Auch die Wirtschaftsjuvenen Deutschland (WJD) fordern ein bundesweites Pflichtfach Wirtschaft: „Ohne wirtschaftliches Basiswissen fehlt oft der Mut, den Sprung in die Selbständigkeit zu wagen“, so die WJD-Vorsitzende Denise Schurzmann. „Wenn Deutschland ein führender Innovationsstandort bleiben soll, müssen wir jungen Menschen ein Grundverständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge vermitteln. Das geht nur mit dem bundesweiten Pflichtfach Wirtschaft.“⁵

Trotz dieser immer lauter werdenden Forderungen plant die Staatsregierung – laut Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 8/2835) zur Erweiterung des Themenbereiches Wirtschaft in den Lehrplänen mit dem Hinweis auf die Strategie Bildungsland 2030 – eine „Zusammenführung von Themenstellungen verschiedener Fachlehrpläne zu einem vernetzten Unterricht“, deren thematische Schwerpunktsetzung den Schulen im Rahmen ihrer pädagogischen Eigenverantwortung obliegt.

² Siehe <https://arbeitsgeber.de/themen/bildung-und-berufliche-bildung/oekonomische-bildung/>.

³ Siehe https://www.allianz-fuer-sachsen.de/Allianz_fuer_Sachsen.pdf.

⁴ Siehe <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-09-22/wirtschaft-als-schulfach-fuehrt-zu-mehr-unternehmertum>.

⁵ Siehe <https://wjd.de/w3-bundesfinale-deutschlands-schlaueste-schueler-wollen-pflichtfach-wirtschaft/> (wjd.de).

Dr. Donata Kluxen-Pyta, Stellvertretende Abteilungsleiterin Bildung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, führte im Rahmen einer Anhörung zum Thema Wirtschaftsunterricht im Jahr 2022 aus: „In der Mehrzahl dominieren Fächerverbände, in denen die eigentliche ökonomische Bildung nur einen mehr oder minder großen Teilbereich ausmacht.“⁶ Die Anzahl der Stunden, welche für grundlegende wirtschaftliche Themen zur Verfügung stehen, ist nicht ausreichend.

Belegte Sachsen laut der OeBiX-Studie der Flossenbach von Storch Stiftung in Sachsen Wirtschaftsthemen beim Teilindex Schule als auch beim Teilindex Lehrerbildung 2021 insgesamt den vorletzten Platz – und lag damit bereits damals deutlich unter dem Bundesdurchschnitt –, so bildet der Freistaat 2024 sogar das Schlusslicht im Vergleich der Bundesländer.

Ein solider Wirtschaftsunterricht und praxisnahe Berufsorientierung können enttäuschende Fehlentscheidungen und damit teure Studienabbrüche vermeiden. Potentielle Schulwechsler werden ermutigt, sich für das deutsche Erfolgsmodell der dualen Ausbildung zu begeistern und damit einen der dringend benötigten Berufe in Industrie, Handwerk, Bau oder im Dienstleistungssektor zu erlernen. Ein freiwilliges Jahr im Handwerk kann Ergänzung sein.

Grundsätzlich ist ökonomische Bildung als Teil der Allgemeinbildung Voraussetzung für die Entwicklung von Mündigkeit, Urteilsvermögen und Verantwortungsbewusstsein. Viele Jugendliche wissen heute wenig über das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft, über Steuern, Kredite, Versicherungen und Faktoren für unternehmerischen Erfolg. Auch die Tatsache, dass Wohlstand auf der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beruht, ist vielen unbekannt. Hinzu kommt oft ein gesteigertes Konsumbedürfnis, welches nicht selten zu einer Überschuldung bereits in jungen Jahren führt. Die Einführung eines Unterrichtsfaches Wirtschaft an den allgemeinbildenden Schulen ist dringender denn je.

Dresden, 10.03.2026



Unterschieden von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 10.03.2026

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion

⁶ Dr. Donata Kluxen-Pyta, Stellvertretende Abteilungsleiterin Bildung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Anhörung zu Drs. 7/7869.